

## **Verstärkte Gewaltprävention im Internet, insbesondere auf TikTok, zur Reduzierung von Gewaltakten bei Kindern und Jugendlichen**

1 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 2 • dass die Bundesregierung, sich dafür einsetzt, dass die EU gemeinsam mit relevanten  
3 Internetdiensteanbietern und zivilgesellschaftlichen Organisationen konkrete  
4 Maßnahmen zur Gewaltprävention im Online-Bereich, insbesondere auf  
5 Plattformen wie TikTok, entwickelt und umsetzt.

6

7 Durch die genannten Forderungen können wir eine sicherere Online-Umgebung für unsere  
8 Jugend schaffen und langfristig zu einer Reduzierung von Gewaltakten beitragen.

9 Hierbei sollte eine altersgerechte Aufklärung und Sensibilisierung eine wichtige Rolle  
10 spielen. Es ist notwendig, gezielte Informationskampagnen zu starten, die Kinder und  
11 Jugendliche altersgerecht über die Konsequenzen von Gewaltverherrlichung im Internet  
12 aufklären und für die Sensibilisierung gegenüber problematischen Inhalten sorgen.

13 Außerdem muss weiter an der Thematik der aktiven Moderation und Inhaltskontrolle  
14 gearbeitet werden. Plattformen wie TikTok müssen ihre Moderationsrichtlinien verschärfen  
15 und technologische Lösungen implementieren, um gewaltverherrlichende und  
16 jugendgefährdende Inhalte proaktiv zu identifizieren und zu entfernen.

17 Ein wichtiger Schritt ist hierbei auch weiterhin eine enge Zusammenarbeit mit Schulen und  
18 Eltern. Eine effektive Gewaltprävention ist nur denkbar, wenn Bildungseinrichtungen und  
19 Eltern an einem Strang ziehen. Schulen sollten in die Lage versetzt werden, über Gefahren  
20 und Präventionsmaßnahmen aufzuklären, während Eltern unterstützende Ressourcen  
21 erhalten, um ihre Kinder besser zu begleiten.

22 Damit diese Maßnahmen auch Wirkung zeigen und kontinuierlich weiterentwickelt werden  
23 können braucht es die Transparenz und Verantwortlichkeit der Plattformen.  
24 Internetdiensteanbieter sollten transparente Berichte über ihre Bemühungen zur  
25 Gewaltprävention vorlegen. Außerdem sollten sie zur Rechenschaft gezogen werden  
26 können, falls sie ihrer Verantwortung nicht nachkommen.